



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 182. Ratssitzung vom 19. Januar 2022

4881. 2020/552

Postulat von Marco Geissbühler (SP), Pascal Lamprecht (SP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 02.12.2020:

Einbezug der Sozialpartner im Detailhandel in das Bewilligungsverfahren für Sonntagsverkäufe

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marco Geissbühler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3288/2020): *Der Zeitpunkt könnte nicht besser sein, um über dieses Postulat zu sprechen – es ist heute aktueller denn je. Vor etwas mehr als einem Jahr reichten wir es zur Zeit des Weihnachtsshoppings ein. Damals überbordete der Stadtrat bei den Bewilligungen der Weihnachtsverkäufe. Vier der letzten Sonntage wollte er für die Verkäuferinnen und Verkäufer zu Arbeitstagen erklären. Einer dieser Sonntage wäre der 27. Dezember gewesen, der Sonntag unmittelbar nach den Weihnachten. Im Verkauf ist die Weihnachtszeit eine intensive, harte Zeit. Die Geschäfte sind voll und permanent herrscht Hektik. Das treibt das Personal ans Limit. An Heiligabend arbeiten viele bis spätabends oder in die Nacht. Danach nochmals an einen Sonntag arbeiten zu müssen, ist wie bei einem Marathon, bei dem man sich mit letzter Kraft über die Ziellinie schleppt, um gesagt zu bekommen, dass man nochmals zehn Kilometer laufen muss. Auch das Verkaufspersonal hat ein Recht auf Besinnlichkeit, auf Erholung und auf Zeit mit der Familie. Leider haben sich seit dem Jahr 2020 die Versuche, die Arbeitsbedingungen im Verkauf weiter zu verschlechtern, zusätzlich intensiviert. Auf Bundes- und Kantonebene wollen grosse Ladenketten und ihre Handlanger in der Politik die Ruhezeiten für das Verkaufspersonal in grossen Städten aushebeln. Unter dem Vorwand der Tourismusförderung sollen die Läden in Städten wie Zürich neu durchgängig öffnen können. Statt vier Verkaufssonntage gäbe es neu 52 Verkaufssonntage pro Jahr. Davon profitieren werden die grossen Ladenketten und Luxusboutiquen an der Bahnhofstrasse. Für alle anderen lohnt sich das kaum. Kleine Läden müssen mitziehen, damit sie nicht zu viel Umsatz einbüßen. Für sie ist es mehr ein Zwang als eine unternehmerische Entscheidung. Das gilt für die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Läden sowieso. Sie müssen die gesamte Arbeitslast schultern. Wir sagen: So nicht. Solche weitgehenden Aufweichungen der bestehenden Regeln dürfen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden. Sie müssen in die Entscheidung einbezogen werden. Die Anliegen und Interessen des Personals sollten gleich viel zählen wie die Interessen der grossen Ladenketten und Luxusboutiquen. Bei vielen Regelungen kommt es besser, wenn die Betroffenen einbezogen werden und sie sich dazu äussern können. Das ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Stadt sollte bei der Bewilligung von Sonntagsverkäufen die Anliegen der Verkäuferinnen und Verkäufer berücksichtigen, umso mehr, da nun die Forderung der rechten Parteien auf dem Tisch liegt, die die gesamte Stadt zur Tourismuszone erklären und*



365 verkaufsoffene Tage im Jahr durchsetzen möchten. In den letzten zwei Jahren ging es oft darum, dass Menschen, die im Verkauf arbeiten und einem grossen, persönlichen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt sind, systemrelevant sind und für ihre wichtige und wertvolle Arbeit zu wenig honoriert werden. Mit diesem Vorstoss haben wir die Möglichkeit, die Welt für die Verkäuferinnen und Verkäufer ein wenig zu verbessern.

Severin Pflüger (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 6. Januar 2021 gestellten Ablehnungsantrag: *Ich bin nicht ganz sicher, ob das zu einer Begründung des Ablehnungsantrags oder einer Nachhilfestunde in Arbeitsrecht wird. Jemand, der am Sonntag arbeitet, hat nach Arbeitsgesetz Anspruch auf einen Lohnzuschlag von 25 Prozent und Anspruch auf zwei freie Tage in dieser Woche. Es ist nicht so, dass die Verkäuferinnen und Verkäufer auch in der Weihnachtszeit sieben Tage durcharbeiten müssen und dafür zu wenig Lohn erhalten. Das Gegenteil ist der Fall: Sie können wählen, an welchen Tagen sie arbeiten wollen und sie können sogar einen Tag unter der Woche frei nehmen. Dadurch haben sie mehr Flexibilität und erst noch 25 Prozent mehr Lohn. Niemand wird ausgenutzt, niemand wird geschröpft. Fragen Sie die Leute im Detailhandel: Alle sind froh, dass sie im Laden stehen können, den Kontakt zu den Kunden haben und den Leuten etwas verkaufen können. Die Märchen, dass die Leute im Detailhandel ausgenutzt, schlecht ausgebildet, zu tiefen Löhnen angestellt und durch überlange Arbeitszeiten beansprucht werden, stimmen nicht. Der Detailhandel lebt davon, dass der Kunde ein gutes Einkaufserlebnis hat. Das kann den Kunden nur geboten werden, wenn gut ausgebildete, motivierte und talentierte Verkäufer im Laden stehen. Ansonsten ist es ein Frust für den Verkäufer und vor allem für den Kunden. Dann kauft der Kunde nichts und der Ladenbesitzer hat keinen Umsatz. Darum werden die Talentierten, die gut verkaufen und eine gute Ausbildung haben, entsprechend entlohnt und an sich gebunden. Das ist die Realität im Detailhandel. Zur Realität bezüglich Einmischung der Sozialpartner kann ich Ihnen etwas aus meiner Anwaltspraxis erzählen. Es gibt Kantone, in denen die Gewerkschaften in das Verfahren der Bewilligung von Sonntagsverkäufen einbezogen werden müssen. Ich sass also einem Gewerkschafter gegenüber, als es darum ging, eine solche Bewilligung zu erteilen. Er sagte, dass dies kein Problem sei. Es leuchtete ihm ein, dass es in diesem Fall Sonntagsarbeit braucht. Er meinte aber, er würde den Sonntagsverkauf verhindern und beim Kanton ein Nein einlegen, wenn der Arbeitgeber ihm nicht den vollen Zugang zu allen Mitarbeitern gebe – am besten die gesamte Adresskartei mit Telefonnummern. Wir entgegneten, dass wir aus arbeitsrechtlicher Sicht nicht alle Telefonnummern herausgeben können. Darauf meinte er, dass er zumindest am Sonntag Zugang haben möchte, um mit allen Mitarbeitern sprechen zu können. Es ging ihm schliesslich nur darum, Adressen zu sammeln, um neue Gewerkschaftsmitglieder zu finden. Mit diesem Postulat wird gefordert, einen Schuh in die Türe zu setzen, damit das Geschäftsmodell aufgeht. Denn Gewerkschaften leben nicht davon, dass es den Mitarbeitern besser geht. Das Business der Gewerkschaften ist, dass möglichst viele den Beitrag bezahlen. Die Leute, die am Sonntag arbeiten, haben zwei Tage frei pro Woche und einen Lohnzuschlag von 25 Prozent. Es sind nicht arme Leute, die ausgenutzt werden. Es sind Leute, die eine besondere Chance erhalten, flexible Arbeitszeiten zu haben und zusätzlichen Lohn zu verdienen.*

Weitere Wortmeldungen:



Andreas Kirstein (AL): Man kann bei diesem Postulat mit guten Argumenten durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Aber die Argumente, die wir vom Handelsvertreter des Detailhandels hörten, funktionieren nicht. Sie wollen uns sagen, dass die Sozialpartner – wir bezeichnen sie als solche und ich bezweifle, dass Sie sie als solche sehen – im Gegensatz zu Ihnen die Interessen ihrer Mitglieder überhaupt nicht vertreten. Ich muss Ihnen sagen: Sie haben die Interessen Ihres Verbands hier gut vorgetragen. Aber Ihre Geschichte von den glücklichen Verkäuferinnen, die wunderbar am Sonntag gerne arbeiten gehen, entspricht nicht der Realität. Das Postulat ist ein vorsichtiger, äusserst freundlicher Versuch, die Sozialpartner in diese Frage einzubinden.

Marco Geissbühler (SP): Severin Pflüger (FDP) wiederholte im Namen der FDP heute Abend einmal mehr die Behauptung, dass das Verkaufspersonal so glücklich über die zusätzlichen Sonntagsverkäufe sei, sie dies so wollten und es zu ihrem eigenen Wohl sei. Aber wenn das so wäre, warum stellten Sie dann den Ablehnungsantrag? Denn wenn das so wäre, könnten Sie dem Postulat beruhigt zustimmen. Das Postulat will nichts anderes, als die Mitsprache des Verkaufspersonals bei der Bewilligung und Festlegung der Sonntagsverkäufe. Das ist der Kern des Vorstosses: Die Meinung der Verkäuferinnen und Verkäufer soll einbezogen werden. Es geht nicht darum, etwas zu bieten, sondern darum, die Meinung der Betroffenen einzuholen, statt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. Ich vermute, dass es der FDP und ihren Freundinnen und Freunden von der Bahnhofstrasse schliesslich um etwas anderes geht. Es geht darum Angestellte zu haben, die 24 Stunden am Tag und 7 Tage in der Woche verfügbar sind. Folgendes ist für die FDP und ihre privilegierte Wählerschaft vielleicht schwierig zu akzeptieren: Die Zeiten der Feudalherrschaft sind vorbei. Wir leben in einer Demokratie. In einer Demokratie haben die Bedürfnisse von Verkäuferinnen den gleichen Wert wie Ihre Bedürfnisse. In einer Demokratie hat eine Verkäuferin die gleichen Rechte, die Meinung eines Verkäufers zählt gleich viel wie die Meinung eines Parlamentsmitglieds oder eines Ladenbesitzers an der Bahnhofstrasse. Es wäre ja nicht so, dass die FDP und ihre Klientel nichts mehr zu sagen hätten. Es geht nur darum, dass die Verkäuferinnen und Verkäufer, die sonst Entscheide nur hinnehmen müssen, auch mitreden dürfen.

Peter Anderegg (EVP): Die EVP unterstützt das Postulat. Aus verschiedenen Gründen sind wir nicht grosse Fans vom Sonntagsverkauf. Einer dieser Gründe ist der, der im Postulat thematisiert wird: Für das Verkaufspersonal ist es oft eine Zumutung, am Sonntag zu arbeiten. Severin Pflüger (FDP) stellte das so dar, wie wenn das Verkaufspersonal froh und dankbar sein müsste, wenn es arbeiten darf. Aber auch wenn sie zwei Tage in der Woche frei haben, wollen sie vielleicht lieber am Sonntag, wenn ihre Kinder nicht in der Schule sind, die Zeit mit ihnen verbringen. Wir finden es gut, wenn das Verkaufspersonal bei den Bewilligungsverfahren miteinbezogen wird.

Luca Maggi (Grüne): Ich stelle als Erstes fest, dass beim brüllenden Parteipräsidenten Severin Pflüger (FDP) die Nerven scheinbar blank liegen. Die Felle schwimmen ihnen in der Stadt mehr und mehr davon, die gestrige Umfrage zeigte das wieder. Nach seinem pseudo-arbeitsrechtlichen Überblick muss vielleicht noch ein arbeitsrechtshistorischer Rückblick gemacht werden. Denn jede der «ach so guten» Arbeitsbedingungen, die er



aufzählte, wurden in harten Kämpfen errungen. Ihr wart stets auf der anderen Seite, auf der Seite, die alle Verbesserungen ablehnte. Bei Mindestlöhnen seid ihr dagegen, bei Arbeitszeiten seid ihr dagegen, bei Lohnzuschlägen seid ihr dagegen und bei Pausen im Tageslicht seid ihr dagegen. Was du als gute Arbeitsbedingungen für die Sonntagsarbeit verkaufst, sind Errungenschaften der linken Seite und der Gewerkschaften. Seit dem ersten Fabrikgesetz steht ihr auf der anderen Seite. Wir Grünen sind natürlich absolut der Meinung, dass das Personal angehört werden soll.

Stephan Iten (SVP): *Was ich hörte, ist ein «Bashing» gegen die Arbeitgeber: Man könnte meinen, wir seien die schlimmsten Menschen dieser Welt. Interessant ist, dass aber immer wieder Bewerbungen eintreffen. Die armen, armen Arbeitnehmer wollen trotzdem bei einem bösen, bösen Arbeitgeber arbeiten. Vielleicht täte es euch Linken und Gewerkschaften gut, wenn ihr selbst eine Firma gründen und leiten würdet. Dann seht ihr, wo die Probleme liegen. Je nach Familienmodell will der eine oder andere an einem Sonntag arbeiten. Fragen Sie in den Tankstellenshops nach: Diese Leute wollen am Sonntag arbeiten. Ich sehe euer Problem nicht. Ihr macht ein Problem daraus und wollt, dass die, die am Sonntag arbeiten können und wollen, nicht mehr am Sonntag arbeiten können. Der Vorstoss wurde ausgerechnet während der Corona-Zeit eingereicht, während gefordert wurde, dass bedingungslos Geld an Leute verteilt wird, die Angst davor haben, das Sozialamt aufzusuchen. Jetzt kann man wieder arbeiten und Geld verdienen. Jetzt sollen sie das dann nicht mehr dürfen, wenn es nach euch geht. Gründet und führt eine Firma und lernt die andere Seite kennen.*

Michael Schmid (FDP): *Eine Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen. Vielleicht müsste die UNIA statt der Verwaltung ihrer gut 3000 Wohnungen und ihres Immobilienvermögens von gut einer halben Milliarde Franken tatsächlich wieder stärker dem Personal zuhören, wie das die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sehr wohl tun. Denn das ist der entscheidende Punkt. Einer der Vorredner meinte, wir hätten Angst davor, dass uns Freisinnigen die Felle davonschwimmen würden. Aber wir müssen uns alle gemeinsam Sorgen machen, dass uns – den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Einwohnerinnen und Einwohnern – die Felle davonschwimmen. Unter anderem hat die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh zur Überwindung der Krise ermöglicht, Sonntagsverkäufe zu bewilligen, wie das in Tourismuszonen bereits der Fall ist. Das ist etwas, das wir weiterverfolgen müssen, um die Krise überwinden zu können. Spazieren Sie durch das Niederdorf und durch die Stadt und schauen Sie, wie die Unternehmen, Gewerbebetriebe und Restaurants getroffen wurden. Wir müssen durch die Liberalisierung der Vorschriften dazu beitragen, dass wir in Zürich davon wegkommen. Selbstverständlich geht das nur in einem partnerschaftlichen Dialog und nicht mit Vorstössen, die Sozialpartnerschaften vorschreiben wollen. Schliesslich geht es Ihnen darum, die Sonntagsverkäufe zu verhindern. Das bringen Sie in der Begründung des Postulats und in Ihren Voten sehr deutlich zum Ausdruck.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat